



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

Sonderausgabe

27. Mai 1949

Paris und die Deutschen

-----  
Deutsche Einheit nur durch Freiheit

Von Kurt Schumacher

Niemand in Deutschland darf erwarten, dass Paris die sofortige und völlige Lösung aller Fragen bringt. Dazu sind die Konsequenzen des Dritten Reiches und des zweiten Weltkrieges zu weittragend. Alle Schwierigkeiten in dem Verhältnis der Alliierten untereinander konzentrieren sich noch einmal auf deutschem Boden.

Aber die Pariser Aussenminister-Konferenz wird kaum ein Provisorium im gewöhnlichen Sinne werden. Wahrscheinlich bestimmt sie die Richtung der politischen Entwicklung. Eine falsche Beurteilung der Lage, der Absichten des Gegners oder ein Abweichen von gewissen Prinzipien kann vieles, wenn nicht alles verderben. Das Ziel der Sowjets ist die Ausschliessung des ganzen Deutschlands aus dem Marshall-Plan und dem Atlantikpakt. Soweit deutsche Kräfte dazu in der Lage sind, treibt die Sozialdemokratische Partei die Politik, ganz Deutschland in diese ökonomischen und politischen Planungen einzubeziehen. Der Gedanke, sich auf Kosten Deutschlands einigen zu können, dürfte nicht realisierbar sein, weil nicht Deutschland, sondern Gegensätze der Anschauungen und Interessen in der ganzen Welt einander gegenüberstehen. Dafür dürfte eine Kompromissformel nicht existieren.

Um Westdeutschland gegenüber dem Ansturm nationalistischer, kommunistischer und traditionalistischer Agitationen widerstandsfähig zu machen, muss es sozial gesund und politisch fundiert sein. Diese Krisenfestigkeit ist mit der Frankfurter Wirtschaftspolitik oder den Vorschlägen des alliierten Einspruchs vom 2. März 1949 gegen die Arbeit am Grundgesetz in Bonn und mit der entsprechenden Politik der deutschen Partikularisten und Klerikalen nicht zu erreichen. Erst das Eingreifen der Sozialdemokratie in die Arbeit am Bonner Grundgesetz hat ein vorläufiges Verfassungswerk möglich gemacht, durch das Idee und Praxis der Demokratie offensiv in den deutschen Osten vorangetragen werden können.

Der kommende Wahlkampf in Westdeutschland, der für die zukünftige Kraft der deutschen Demokratie von entscheidender Bedeutung ist, wird nicht nur durch die parteipolitischen Gegensätze, sondern auch durch die Ideen und Formulierungen der Aussenminister in Paris bestimmt werden. Nach der Ansicht der Sozialdemokratie sind in dieser

Hinsicht die nachstehenden zwölf Postulate von grösster Wichtigkeit:

1. Zurückführung der Kriegsgefangenen, Zivilgefangenen und Verschleppten, einschliesslich der Frauen und Mädchen, deren schweres Schicksal in der internationalen Diskussion noch längst nicht die gebührende Anteilnahme gefunden hat.
2. Neufestsetzung der deutschen Ostgrenze. Die polnisch besetzten und verwalteten Gebiete östlich der Oder und Neisse sind Teile der sowjetischen Besatzungszone und gehören zu Deutschland. Die interne Abmachung zwischen Sowjetrussland und Polen ist weder für die Alliierten rechtlich bindend, noch für die Deutschen moralisch verpflichtend.
3. Gültigkeit der Atlantik-Charta auch für Deutschland.
4. Einstellung der Demontagen und Industriebeschränkungen. Aufhören der Demontagen auch in der Ostzone. Einstellung von Entnahmen aus der laufenden Produktion in der Ostzone unter der Firmierung von Reparationen. Abwehr sowjetischer Versuche, aus Westdeutschland Produktionsmittel oder Ertragnisse bestimmter Anlagen als Reparationen an sich zu ziehen oder auf der Grundlage von Reparationsansprüchen Eigentumsrechte an westdeutschen Produktionsstätten zu erwerben.
5. Ablehnung der Forderung, dass Sowjetrussland, Polen und die Tschechoslowakei an Kontrolle, Verwaltung und Nutzniessung des Ruhrgebietes beteiligt werden sollen. Verknüpfung der Diskussion dieses Problems mit der Forderung nach alliierter Kontrolle der sowjetischen Aktien-Gesellschaften in Mitteldeutschland, ihrer Rückgabe in das Eigentum des deutschen Volkes, nach alliierter Kontrolle der volkseigenen Betriebe in der östlichen Besatzungszone und der Grundindustrien in Oberschlesien.
6. Voraussetzung jeder Zurückziehung von Besatzungstruppen ist die Schaffung völlig gleichartiger alliierter und deutscher Machtverhältnisse in allen Zonen. Die bisherigen Vorschläge dienen eindeutig der Vorbereitung der Machtergreifung unter dem Schutz kommunistischer Polizei nach dem Prager Muster im Jahre 1948. Personenzahl, Formationen, Kasernierung der deutschen Polizei sollten in allen Zonen nach denselben Grundsätzen geregelt sein. Waffenlager und persönliche Bewaffnung müssten durch alliierten Zugriff abgeschafft werden.
7. Die Viermächtekontrolle als Grundlage der deutschen Einheit setzt voraus, dass jede Abschliessung der einzelnen Zonen gegenüber den anderen Alliierten unterbleibt. Nach den bisher geltenden Grundsätzen ist eine Viermächtekontrolle nicht möglich und wird entscheidend durch das Vetorecht verhindert. Die Viermächtekontrolle kann nur nach dem Grundsatz der einfachen Mehrheit bei Beschlussfassung ausgeübt werden. Das Recht des Einspruchs gegenüber deutschen Gesetzen und Verordnungen einer zentralen Stelle, das von dem Oberbefehlshaber oder dem Hohen Kommissar jeder Besatzungszone für seinen Bereich ausgeübt werden kann, verhindert nicht nur die Rechtseinheit, sondern die Einheit schlechthin.
8. Eine tatsächliche Einheit wird nicht möglich, solange nicht dieselben Prinzipien des Rechtsstaats in allen Zonen angewandt werden und nicht von einer einzelnen Besatzungsmacht willkürlich geändert werden können. Die Rechtsicherheit kann nur geschaffen

werden als Sicherheit der Person vor der Verhaftung und der Güter vor der Beschlagnahme. Nur so ist ein freier Verkehr zwischen den vier Besatzungszonen und Berlin möglich. Der Rechtsstaat schliesst ein polizeiliches Straf- oder Verfügungsrecht über Leben, Freiheit und Eigentum aus. Konzentrationslager und ähnliche Einrichtungen sind nicht mit ihm zu vereinbaren. Ihre Insassen sind freizulassen. Um die Folgen der Rechtlosigkeit in der Ostzone zu heilen, ist eine Amnestie für die seit Mai 1945 wegen politischer oder aus politischen Motiven verübter Delikte auszusprechen. In einem Rechtsstaat können nur ordentliche Gerichte ohne staatliche oder sonstige Beeinflussung Recht sprechen und die Vorschriften der Strafprozessordnung beachten. Dazu gehört auch ein der öffentlichen Kritik zugänglicher Strafvollzug.

9. Ein Ausweichen und Vertagen der Auseinandersetzung über die richtunggebenden Schritte ist in jedem Fall ein Erfolg der Russen. Dachorganisationen und Brückenkonstruktionen in dem Sinne, dass ein gemeinsamer Wirtschaftsrat oder Staatsrat in dem Anfang einer Vereinheitlichung geschaffen werden soll, geben ihnen eine chancenreiche Ausgangsstellung unter völliger Sicherung ihrer Besatzungszone vor alliierten Änderungsversuchen. Ihre Art, die Dinge zu behandeln, sichert ihnen dabei einen wirtschaftlichen Kraftzuwachs und eine Schwächung des deutschen Westens. Mit der Duldung des Nebeneinander von zwei entgegengesetzten gesellschaftlichen und politischen Systemen in Deutschland erkennt man im Ergebnis Gewalt, Terror und Unmenschlichkeit als gleichberechtigte Grundsätze an. Die Vorbereitungen dieser Konferenz würden zu einem solchen Resultat in gefährlichem Gegensatz stehen. Gerade die entschlossenen Demokraten in Deutschland können darin nur eine technische Manipulation der Alliierten, nicht aber einen politischen Einheitsfaktor unter Verantwortung der Deutschen sehen.

10. Die deutsche Einheit ist nur als politische Freiheit und Gleichheit in allen Zonen möglich. Entscheidend ist, dass die Freiheit zuerst überall tatsächlich und unrevidierbar geschaffen werden muss. Eine Vereinheitlichung, die ohne vorherige tatsächliche Sicherung der persönlichen und staatsbürgerlichen Freiheiten geschaffen würde, brächte nicht die Einheit für das deutsche Volk, sondern den endgültigen Verlust seiner nationalen Freiheit und Einheit. Sie wäre die Versklavung des deutschen Volkes zugunsten Russlands, wäre antidemokratisch, antideutsch und antieuropäisch.

11. Die staatsbürgerliche Freiheit in allen Zonen ist von den gleichen Rechten und Pflichten aller Parteien abhängig. In der sowjetischen Besatzungszone muss die Zulassung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erfolgen, ohne dass andere Parteien favorisiert werden und sie benachteiligt wird und ihre Funktionäre in ihrer persönlichen Sicherheit bedroht sind. Gleich notwendig ist das Aufhören der erzwungenen Blockpolitik. Die Christlichen Demokraten und die Liberaldemokraten erwecken durch ihre Existenz und ihre Namen die Illusion einer Demokratie, trotzdem sie ebenso blosse Werkzeuge in der Hand der sowjetischen Besatzungsmacht sind wie die Kommunisten. Deutsche Staatsparteien einzelner Besatzungsmächte oder auch Staatsparteien schlechthin sind das Gegenteil der Demokratie. Wie eine Politik der staatlichen Kontrolle durch die Alliierten den Verzicht auf alle Interventionen voraussetzt, so ist erst recht jede Einmischung der Alliierten bei der politischen Willensbildung der Parteien zu unterlassen. Auch die Gewerkschaften und Betriebsräte sind heute in der sowjetischen Besatzungszone Instrumente der Antreiberei, der Ausbeutung und der Beherrschung der Arbeitenden. Ihr Zweck ist aber, der

Persönlichkeit des arbeitenden Menschen und seinem Mitbestimmungsrecht in Betrieb und Wirtschaft zu dienen. Koalitions-, Rede- und Pressefreiheit sind Pfeiler der Demokratie und sollten allen Parteien und Organisationen unter denselben tatsächlichen und rechtlichen Bedingungen gewährt werden.

12. Die deutsche Einheit ist demokratisch nur gesichert, wenn das deutsche Volk die Formen seiner Wirtschaft und seines Kulturlebens nach eigenen Erkenntnissen und Bedürfnissen regeln kann. Die deutsche Sozialdemokratie hält die Massnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht in der Ostzone nicht für sozialistisch. Sie wünscht für alle Zonen grundsätzlich dieselben Formen der Sozialisierung und der Agrarreform durchzusetzen. Sie wendet sich aber entschieden dagegen, für die Ostzone die Demokratie mit einer Reprivatisierung der enteigneten Grossbetriebe zu verkoppeln. Sie erklärt, dass neben den sozialisierten Grossbetrieben und der Arbeiterschaft die Bauern, die Gewerbetreibenden und der kleine Mittelstand in Stadt und Land gefördert und gestützt werden sollen. Ein einiges Deutschland bedeutet in jeder Beziehung die Zusammenarbeit mit den Ländern des Marshallplans. Die gemeinsame Planung und Lenkung in allen Zonen drückt sich auch in einer einheitlichen Handelsvertragspolitik aus. Gegenüber den Ländern des Ostens sollten aber auch verbesserte und verstärkte Beziehungen in keinem Fall dahinführen, dass aus ihnen irgend eine Orientierung im Sinne einer ökonomischen Kapallopolitik hergeleitet werden kann.

Die Sozialdemokratische Partei sieht die Liste der kommunistischen Operationen zur Machtergreifung in folgenden zusammenhängenden und aufeinander folgenden Aktionen:

Zuerst soll die Periode einer ökonomischen Dachorganisation in Gestalt eines deutschen Staaterates die Ausstrahlung in das politische Gebiet ermöglichen, ohne dass die Kräfteverhältnisse in der Ostzone demokratisch revidiert werden könnten. Dann möchte man eine Allparteienregierung aufrichten und sich in ihr mit allen Mitteln der Unehrlichkeit, der Wortbrüche und der Brutalität machtpolitisch festsetzen. Die dritte Stufe wäre dann die, dass sich alle Parteien unter dem Druck der Macht mit der Unterzeichnung eines Friedensvertrages belasten, der ohne Rücksicht auf Deutschland und seine europäischen Bindungen nur für die Vorteile Russlands bestimmt wäre. Auf der vierten Stufe hätten dann Wahlen stattzufinden, bei denen alle Parteien in gleicher Weise durch die Kapitulation vor der Diktatur belastet wären, die Kommunisten aber durch ihre Macht im Staate noch die besten Chancen hätten. Nach alledem soll dann der Abzug der Besatzungstruppen erfolgen. Die Situation zur Machtübernahme unter dem Schutz des kommunistisch dirigierten Staatsapparates wäre dann gegeben.

Nur die Politik, eine durch Tatsachen und Gleichheit der Machtfaktoren in allen Zonen gesicherte Demokratie zu errichten, kann diese Gefahr für Deutschland und Europa ausschalten. Nur die Demokratie kann die Freiheit und Einheit bringen. Nur allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlen in allen Zonen können den politischen Willen des deutschen Volkes ausdrücken. Der Weg der deutschen Kommunisten und Nationalisten führt zu einer "Deutschland" genannten und Europa gefährdenden sowjetrussischen Provinz.